

## **BUND und die BUNDjugend Baden-Württemberg fordern autofreie Innenstädte**

Der BUND und die BUNDjugend Baden-Württemberg fordern: Alle Innenstädte in Baden-Württemberg müssen bis 2030 autofrei werden. Unsere Forderungen beziehen sich primär auf den motorisierten Individualverkehr von Personen, die nicht aufgrund von Behinderungen oder aus medizinischen Gründen auf ein Auto angewiesen sind. Gesamtstädtisch ist der Autoverkehr bis 2030 um mindestens ein Drittel zu reduzieren.

Um dieses Ziel zu erreichen, fordern wir Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft auf, sofort und konsequent zu handeln. Konsequent handeln bedeutet hierbei, dass auf allen Ebenen Nötiges getan wird, um einen Übergang zu einer klima- und gesundheitsbewussten Mobilitätskultur zu schaffen. Dieser Übergang muss mit Beteiligung aller Betroffenen gestaltet werden.

Die Forderungen sind erste Schritte und sollten so zügig wie möglich umgesetzt werden. Dabei ist es die Aufgabe der Städte und Kreise, konkrete Fortschritte vor Ort voranzutreiben. Die Landes- und Bundespolitik muss sich dabei jedoch in der Verantwortung sehen, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass es für Kommunen attraktiv und umsetzbar wird, die Innenstädte autofrei zu gestalten. Alle Akteure müssen sich bewusst sein, dass es darum geht, die Innenstädte vorrangig menschenfreundlich und nicht autofreundlich zu gestalten.

### **Wir fordern von der Kommunalpolitik in den Städten und Landkreisen:**

- Attraktive Fahrradverkehrswege und Fußverkehrswege. Diese werden dauerhaft und in einer der steigenden Nachfrage entsprechenden Dimensionierung auch Gemeindegrenzen überschreitend erweitert und ausgebaut, regelmäßig gewartet und in einem guten Zustand gehalten. Neue Fahrradverkehrswege und Fußverkehrswege entstehen vorrangig auf Flächen, die zuvor dem motorisierten Individualverkehr vorbehalten waren.
- Weitere Fahrradinfrastruktur, wie sichere und überdachte Stellplätze, gute Verknüpfungen mit Bahnen und Bussen mittels bike&ride-Anlagen und Fahrradstationen sowie günstige kommunale Fahrradverleih-Systeme, wird gefördert und ausgebaut.
- Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) wird flächendeckend und verkehrsverbundsübergreifend deutlich ausgebaut und umwelttechnisch auf den optimalen Stand der Technik gebracht. Die Landkreise sind dazu verpflichtet, auch die ländlichen und abgelegenen Regionen an den ÖPNV anzuschließen und mindestens im Stundentakt an allen Tagen von frühmorgens bis spätabends zu bedienen.
- Der ÖPNV ist preiswert und übersichtlich zu gestalten. Für finanziell schwache Gruppen ist eine kostenlose Nutzung zu ermöglichen. Zudem soll der ÖPNV auch für Ortsfremde verständlich dargestellt und somit besser nutzbar sein.
- Um das allgemeine Verkehrsaufkommen zu verringern, arbeitet die Stadtplanung nach dem Konzept der „Kurzen Wege“, einer Stärkung der städtebaulichen Innenentwicklung und der Umsetzung von auto- und stellplatzreduzierten Siedlungskonzepten. Dies bedeutet, dass eine wohnortnahe Versorgungsstruktur gefördert wird, damit die alltäglichen Wege zur Schule, zum Arbeiten oder zum Arzt etc. bequem und komfortabel

mit dem Umweltverbund zurückgelegt werden können. Zudem soll der Arbeitsplatz möglichst nah am Wohnort liegen können. Um Freizeitverkehr zu verringern, müssen die Kommunen dafür sorgen, dass ausreichend nahegelegene Sport- und Erholungsflächen gestellt werden.

- Die innerstädtischen Parkmöglichkeiten werden minimiert und überdimensionierte Straßenräume zurückgebaut. Die dadurch entstehenden Freiflächen werden zu Plätzen des öffentlichen Lebens umgebaut, wie z.B. Radwege, Fußgänger\*innen-Boulevards, Grünanlagen und Jugendtreffs. Die verbleibenden Parkmöglichkeiten sind primär Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen vorbehalten. Für den restlichen motorisierten Individualverkehr soll es noch vereinzelt kostendeckende Parkmöglichkeiten geben.
- Innerorts herrscht ein generelles Geschwindigkeitslimit von 30 km/h, um die Sicherheit und die Aufenthaltsqualität aller Verkehrsteilnehmer\*innen zu erhöhen.
- Zur – auch finanziellen – Unterstützung für umweltbewusste Pendler\*innen fördern die Gemeinden das Mobilitätsmanagement von Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen mittels Job-Tickets, Job-Räder, Radverkehrs- und Fahrgemeinschaftsförderung.

#### **Von der Landespolitik in Baden-Württemberg fordern wir:**

- Der Ausbau der Rad-, Fuß- und ÖPNV-Infrastruktur soll finanziell stärker unterstützt werden. Damit wird auch ein Anreiz für finanziell schwächere Kommunen geschaffen, gezielt den Umweltverbund auszubauen. Hierfür ist vom Land als neues Finanzierungsinstrument auch eine Nahverkehrsabgabe einzuführen.
- Es werden landesweite, verbundsübergreifende Schüler\*innen- und Studierendentickets eingeführt, welche auch von Auszubildenden, Freiwilligendienstleistenden und Praktikant\*innen genutzt werden können.
- Der Ende 2018 eingeführte bw-Tarif für Einzelfahrkarten, der das verkehrsverbundsübergreifende Fahren erleichtert, muss zügig um eine zweite Stufe für Zeitkarten erweitert werden. Diese Vereinheitlichung verbessert zudem die Verständlichkeit des Nahverkehrsnetzes.
- Die Landesbauordnung bzw. eine daraus zu entwickelnde Stellplatzverordnung muss ausreichend dimensionierte, barrierefrei zugängliche, witterungsgeschützte und diebstahlsichere Fahrradstellplätze für Neubauten vorsehen. Um die Umsetzung autoreduzierter Wohnkonzepte zu ermöglichen, ist die Anzahl der notwendigen Pkw-Stellplätze deutlich zu reduzieren

#### **Von der Bundespolitik fordern wir:**

- Der Bund unterstützt die Kommunen und Länder finanziell beim Ausbau der Fahrradinfrastruktur und des ÖPNV. Hierzu sollen Haushaltsmittel zum Bau von Autobahnen und Bundesstraßen umgewidmet werden.
- Das Konzept des „Deutschland-Taktes“ im Eisenbahnverkehr ist zügig umzusetzen und mit den entsprechenden Finanzmitteln zu Lasten des Straßenbaus auszustatten.
- Die Straßenverkehrsordnung wird mit einem Fokus auf klima- und menschenfreundliche Mobilität überarbeitet. Dies beinhaltet ein generelles Tempolimit von 30 km/h in Ortschaften.
- Steuervorteile und Subventionen, welche den motorisierten Individualverkehr betreffen, werden abgeschafft und zugunsten von Fahrradverkehr, Fußgänger\*innenverkehr und ÖV verwendet.
- Der Bund fördert Forschungsprojekte zu nachhaltiger Mobilität und deren ökologischen und sozialen Aspekten.